

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

DSW JOURNAL

POSTER
IM HEFT

30 Jahre
Plakatwettbewerb des
Deutschen Studentenwerks

#REGIONAL?

Deutschlands **Wissenschafts-Regionen** auf dem Prüfstand:
Funktioniert das Modell von **Manfred Prenzel** wirklich?

#DIGITAL!

Bildung 4.0 für die **Industrie 4.0**?
Neun Fragen an Wirtschaftsminister **Sigmar Gabriel**

CETA und TTIP behandeln
Hochschulen und Studentenwerke
wie Kühlschränke

Azubi-Wettkochen der NRW-
Studierendenwerke: Sabrina
Poschmann gewinnt

Boris Rhein ist lieber
Wissenschafts- als Innenminister
in Hessen



tunaly/iStock

Die 3.400 km Reise ...

... nehmen Flüchtlinge auf sich, um nach Deutschland zu fliehen. Für viele ist es eine Reise auf Leben und Tod, auf der sie ausgeraubt, geschlagen oder misshandelt werden. Manche Kinder verlieren auf der Flucht ihre Eltern.

terre des hommes setzt sich für Flüchtlingskinder ein. Wir kümmern uns um Jungen und Mädchen, die durch Krieg und Gewalt traumatisiert wurden.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit – mit Ihrer Spende!
Weitere Informationen unter 05 41/71 01-128

 terre des hommes
Hilfe für Kinder in No


DZI
Spenden-
Siegel
Ihre Spende kommt an!

Kooperation wagen!

Anlässlich ihrer Jahresversammlung im Mai 2016 in Berlin schrieb die Bundesministerin für Bildung und Forschung in ihrer Festrede den Hochschulen ins Stammbuch: Wenn Hochschulen untereinander und zugleich mit der Wirtschaft regional und überregional kooperieren, dann sind die positiven Effekte greifbar. Die regionale Arbeitslosigkeit sinkt, das Wirtschaftswachstum steigt. Und wir müssen feststellen: Johanna Wanka hat recht.

Denn wir waren zunächst ziemlich skeptisch, als der Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Manfred Prenzel, seine Idee der Wissenschaftsregionen in die Diskussion brachte. Schließlich würde dies einen Paradigmenwechsel bedeuten. In den vergangenen beiden Jahrzehnten war das Modell des Wettbewerbs der Hochschulen, ihrer Autonomie und ihrer individuellen Profilbildung handlungsleitend. Aus welchen Gründen sollten konkurrierende Hochschulen nun plötzlich anfangen zu kooperieren? Vorstellen konnten wir uns höchstens die direkte, branchenbezogene Kooperation zwischen einzelnen Hochschulen und Unternehmen.

Wir wollten der Sache auf den Grund gehen. Ergebnis: Entgegen unserer anfänglichen Skepsis schreibt das Modell der Wissenschaftsregionen vielerorts Erfolgsgeschichte. Unser Autor Klaus Heimann legt in seiner Recherche dar, wo sich in Deutschland erfolgreiche Wissenschaftsregionen finden. Am Beispiel der Metropolregion Mittelfranken bzw. der Interessengemeinschaft Hochschulen Region Nürnberg (igh) wird nachvollziehbar, was eine Wissenschaftsregion typischerweise auszeichnet - und welchen enormen Nutzen

»Entgegen unserer anfänglichen Skepsis schreibt das Modell der Wissenschaftsregionen vielerorts Erfolgsgeschichte«



sie stiften kann: wirtschaftlichen (Wieder-)Aufschwung, konkurrenzfähige Produkte, Jobs. Übrigens: In Nürnberg ging die Initiative von der Industrie- und Handelskammer (IHK) aus, weil sie das Zukunfts- und Innovationspotenzial eben der regionalen Verbünde frühzeitig erkannt hat. Fazit: Wissenschaftsregionen funktionieren, wenn sie nicht von oben politisch verordnet werden, sondern eine echte intrinsische Motivation haben und sich gleichberechtigt begegnen_S.12

Die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur fällt in den Aufgabenbereich eines anderen Mitglieds der Bundesregierung. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel argumentiert im Interview, angesichts der Digitalisierung sei eine stärkere Vernetzung von beruflicher und akademischer Bildung notwendig, zugleich brauche Deutschland leistungsstarke, regionale Cluster_S.20

Traditionell ist der Bundeswirtschaftsminister der - den Ordnungsrahmen setzende - Hüter der sozialen Marktwirtschaft. Genau diese Rolle könnte durch die Freihandelsabkommen CETA und TTIP verletzt werden. Aufgrund mangelnder Transparenz besteht hier weiterhin viel Unklarheit. Wir wollten von einem Experten und Insider wissen, was auf Hochschulen und Studentenwerke denn zukommen kann. Hans-Jürgen Blinn_S. 35 alarmierender Befund: Die Logik von CETA/TTIP heißt „Markt vor Staat“. Hochschulen und auch die Studentenwerke würden in dieser ökonomistischen Logik wie austauschbare Kühlschränke behandelt_S.34

Vielleicht haben Sie beim Lesen dieses DSW-Journals auch ein Aha-Erlebnis? Das würde mich freuen, und gerne können Sie es mir mitteilen.

Ihr

Achim Meyer auf der Heyde
Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks
»achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de

POLITIK



Industrie 4.0 – Bildung 4.0?

Die Zukunft der Arbeit: Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel zur Digitalisierung von Beruf und Studium / 20-23



Fotos: facesbyfrank | picture alliance/dpa

POSTER IM HEFT

30 Jahre Plakatwettbewerb des Deutschen Studentenwerks



Wissenschaftsregionen:
Prenzels Modell –
Wer dahintersteckt,
wie sie funktionieren,
was sie uns
bringen / 12-19

PRAXIS



Wettkochen der Azubis

Stresstest in der Großküche: Beim Azubi-Kochwettbewerb der Studierendenwerke NRW gab es Tränen / **24-29**

PROFIL



Die Wiederkehrerin

Wissenschaft, Schule - und jetzt wieder Wissenschaftsministerin in Brandenburg: die zweite Chance der Martina Münch / **30-33**

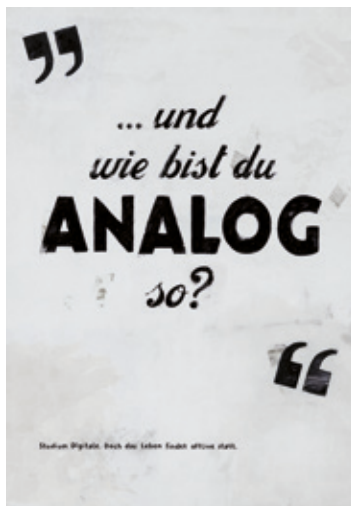
PERSPEKTIVE



Markt vor Staat

CETA und TTIP behandeln Hochschulen und Studentenwerke wie Kühlschränke, warnt Hans-Jürgen Blinn / **34-35**

Fotos: Kay Henschelmann | Charles Yunck | Rolf Schulten | Illustration: Oliver Weiss



13 FRAGEN AN ...

Boris Rhein (CDU), hessischer Wissenschaftsminister.
Er will mehr Wohnraum für Studierende schaffen / **36-37**



Ein Gedanke noch ...

Digitalisierung 0.4: DSW-Präsident Dieter Timmermann erzählt eine Geschichte von e-BAföG und Föderalismus / **38**



TIERSCHUTZ

Mensa statt Schredder



GROSSVERSUCH Das Kükenschred- dern bewegt die Republik, 45 Millionen männliche Küken werden jährlich getötet. Angesichts der Debatte macht das Studentenwerk Hannover Ernst in Sachen Tierschutz: In einem Testlauf boten neun Mensen ganz besondere Brathähnchen an. Die „Zweinutzungshühner“, die dort auf den Teller kamen, stammten vom Forschungsgut der Tierärztlichen Hochschule Hannover (TiHo). Sie gehören zu einem Forschungsprojekt von TiHo und Studentenwerk; untersucht wird ein neues Konzept zur Geflügelhaltung. Die Aufzuchtbedingungen sind im Vergleich zur bisherigen Praxis re-

volutionär: längere Mastzeiten, keine gekürzten Schnäbel, dazu Bodenhaltung mit Sitzstangen, Sprungtischen und Strohhallen. Würden die Hühner den Studierenden schmecken – und wären die bereit, deutlich mehr dafür zu bezahlen? „Viele Studierende ernähren sich besonders bewusst und sind sensibel für tiergerechte Nutztierhaltung und nachhaltige Ernährung“, sagt Eberhard Hoffmann, Geschäftsführer des Studentenwerks. Nach dem Essen wurden die Mensabesucher zu Geschmack und Akzeptanz befragt – die Ergebnisse werden ausgewertet. *him*.

» www.studentenwerk-hannover.de

PORTRÄT-SERIE

Das sind wir!



AKTION Digna Zitzelsberger, 44, ist eines der „Gesichter Deines Studentenwerks“. Mit dieser Aktion stellt das Studentenwerk Frankfurt am Main seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter persönlich vor. Digna Zitzelsberger kommt von den Philippinen und arbeitet halbtags in der Mensa „Pi x Gaumen“ auf dem Campus Riedberg als Küchenhilfe. Sie schildert ihren Arbeitsalltag in der Ausgabe oder der Spülküche, das Leben mit ihren beiden Söhnen, und sie sagt: „Auf den Philippinen essen wir normalerweise viel schärfer als in Deutschland.“ Mehr Gesichter aus Frankfurt gibt's online:

» www.studentenwerkfrankfurt.de/essen-trinken/das-sind-wir



Anita Straub

FRANKREICH DEUTSCHLAND

Gabelkreuzung

FOTOWETTBEWERB Zwei gekreuzte Gabeln, mehr nicht: Damit gewinnt Anita Straub, 24, von der Universität Koblenz-Landau den ersten deutsch-französischen Fotowettbewerb für Studierende. Thema des Wettbewerbs, den sechs französische und vier deutsche Studentenwerke gemeinsam auslobten: „Tandem“. „Ich habe noch nie zuvor etwas gewonnen“, sagt **Anita Straub**, die die Aufnahme im Rahmen ihrer Master-Arbeit zur „strukturellen Schönheit von Dingen des Alltags“ gemacht hat. Mit 1.000 Euro die sie vom Deutsch-Französischen Jugendwerk als Preisgeld, erhält, will sie eine Skandinavien-Reise machen. *sg*.

» www.etudiant.gouv.fr/pid33799/toute-actualite-etudiante.html

Wussten Sie schon, dass ...

das **BAföG** zum Wintersemester **2016/2017** erhöht wird? Es gibt mehr BAföG für mehr Studierende. Die Bedarfssätze steigen um **7%**; die maximale Förderung für Studierende, die nicht bei ihren Eltern wohnen, erhöht sich von **670€** auf **735€**. Der Bedarf für die Unterkunft steigt von **224€** auf **250€**. Auch die Elternfreibeträge steigen um **7%**; das Elterneinkommen darf also um **7%** höher sein, bevor es aufs **BAföG** angerechnet wird. Dadurch erhalten mehr Studierende BAföG. Sie können künftig **450€** statt **400€** monatlich nebenbei verdienen und **7.500€** Vermögen haben statt **5.200€**.

» [/www.studentenwerke.de/de/bafoeg2016](http://www.studentenwerke.de/de/bafoeg2016)

HOCHSCHULE 4.0



EINE FRAGE ...

DIE GROSSEN PROGRAMME GEHEN AN DEN STUDIERENDEN VORBEI. RICHTIG?

Das antworten die Bildungsexpert/innen der vier Bundestagsfraktionen



Kai Gehring **MdB**
Bündnis 90/Die
Grünen

„Für Studis sind gut finanzierte Unis und Fachhochschulen sowie eine auskömmliche Studienfinanzierung das Wichtigste. Bei beidem hapert's: Erst nach sechs Nullrunden gibt es bald etwas mehr BAföG. Künftige Erhöhungen müssen regelmäßig und automatisch erfolgen! Auch muss der Bund die Länder bei der Grundfinanzierung ihrer Hochschulen dauerhaft verlässlich unterstützen, u.a. mittels Hochschulpakt. Ohnehin profitieren Studierende nur indirekt: Über die ein oder andere Vorlesung von SpitzenforscherInnen oder zusätzliche Tenure-Track-ProfessorInnen.“

» www.kai-gehring.de



Nicole Gohlke **MdB**
Die Linke

„Richtig. Die Realität an den Hochschulen sieht folgendermaßen aus: Das Betreuungsverhältnis wird von Jahr zu Jahr schlechter, die Hörsäle platzen aus allen Nähten und die WissenschaftlerInnen hangeln sich von einem befristeten Teilzeitjob zum nächsten. Durch die Pakte bzw. die Initiativen wird keines dieser Probleme angegangen. Die Hochschulen brauchen keine kurzfristigen Programme, sondern endlich eine zuverlässige und bedarfsgerechte Grundfinanzierung, um gute Bedingungen für alle Studierenden und Lehrenden zu garantieren!“

» www.nicole-gohlke.de



Dr. Ernst Dieter Rossmann **MdB**
SPD

„Wir stellen von 2015 bis 2020 fast 20 Milliarden Euro durch Bund und Länder für die Förderung von mehr Studienplätzen bereit. Dazu kommen die 3,5 Milliarden für die Verbesserung der Lehre, die Verbesserung der Lehrerausbildung und für den wissenschaftlichen Nachwuchs sowie 500 Millionen Euro jährlich mehr für das BAföG. Die Exzellenzinitiative ist eine sehr wichtige Ergänzung. Sehr gute Forschung stimuliert auch sehr gute Lehre, mehr Internationalität fördert auch die Welttoffenheit der Studierenden.“

» www.ernst-dieter-rossmann.de



Albert Rupprecht **MdB**
CDU/CSU

„Falsch! Mit den Hochschulprogrammen stärken wir Forschung und Lehre, Innovation und den wissenschaftlichen Nachwuchs spürbar. Davon profitieren gerade die Studierenden. Zugleich entlastet der Bund die Länder wie nie. Die Länder haben so mehr Geld für ihre Hochschulen. Übrigens: Das größte Bund-Länder-Programm ist der Hochschulpakt 2020. Der ermöglicht, dass allein bis 2020 rund 760.000 junge Menschen zusätzlich studieren können. Der Bund zahlt davon mehr als die Hälfte, das sind 9,9 Milliarden Euro.“

» www.albert-rupprecht.de

25 JAHRE STUDENTENWERKE IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

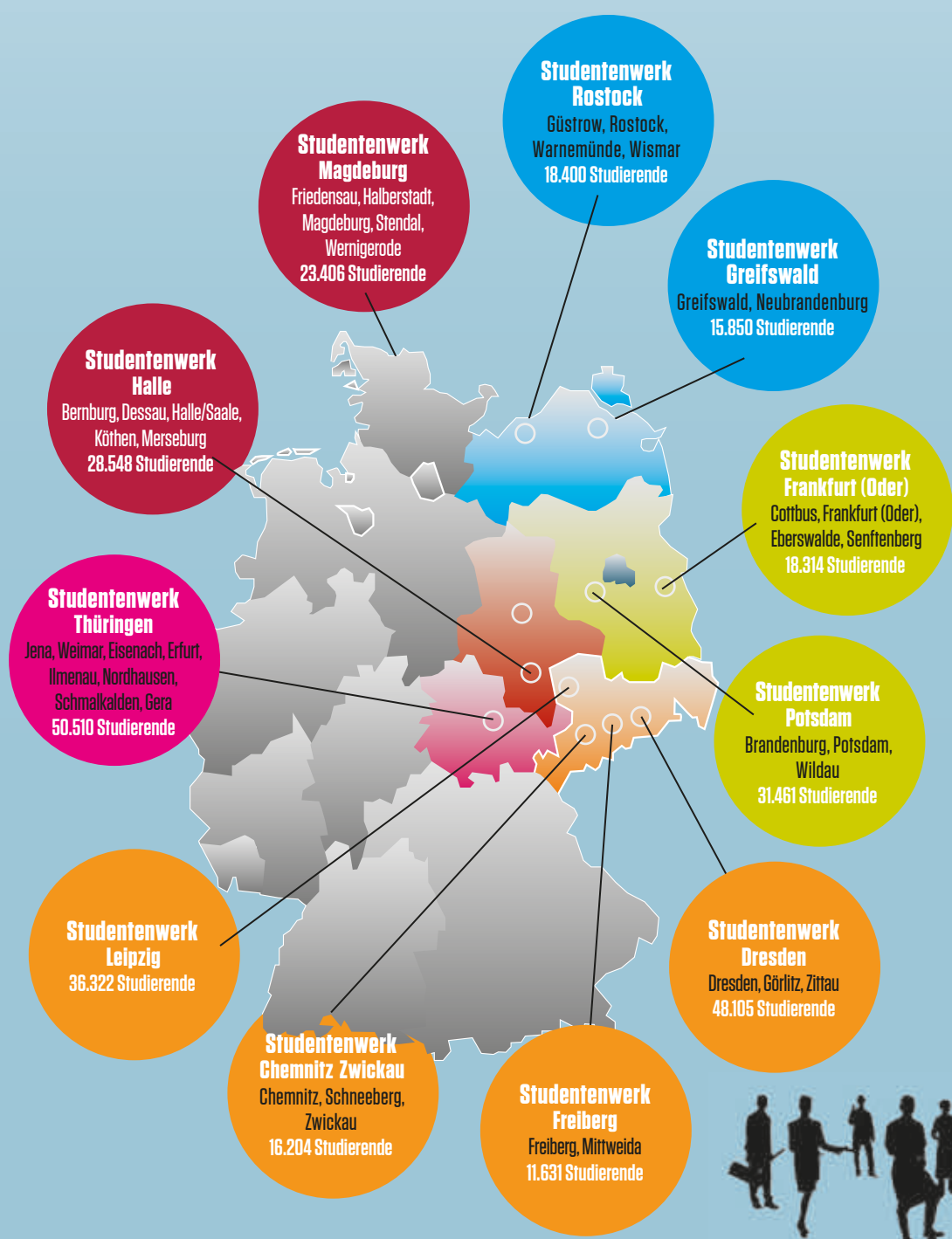
28
Kindertagesstätten
1.881
Plätze



16.448
Psychologische
Beratungen
15.543
Sozialberatungen



2.905
Beschäftigte



„Die Entscheidung, in den neuen Ländern Studentenwerke wieder und neu zu errichten, war richtig. Die Hochschulen konzentrieren sich auf Lehre und Forschung, die Studentenwerke sichern das Studium sozial ab: Diese Arbeitsteilung bewährt sich auch hier. Dass es nach dem damaligen Neuanfang gelang, in kurzer Zeit im Osten leistungsfähige Einrichtungen zu schaffen, verdanken wir vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch der tatkräftigen Mithilfe von Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern. Hier sind echte Partner- und Freundschaften entstanden.“



Dr. Ralf Schmidt-Röh
Geschäftsführer des Studentenwerks Thüringen, Sprecher der ostdeutschen Studentenwerke

»Die Entscheidung, in den neuen Ländern Studentenwerke wieder und neu zu errichten, war richtig«

„Der Aufbau neuer Anstalten des öffentlichen Rechts war alles andere als einfach; es prallten schon Welten aufeinander, gerade in der Begegnung mit den helfenden West-Kolleginnen und -Kollegen. Die für Studentenwerke entscheidende Haltung, der Servicegedanke an die Adresse der Studierenden ‚Wir sind für Dich da‘: Das musste erst einmal verinnerlicht werden. Uns beim Studentenwerk Halle kam in den frühen Jahren nach 1991 sehr zugute, dass die heutige Bundesbildungsministerin, Johanna Wanka, in unserem Verwaltungsrat war. Sie half entscheidend mit, Krisen zu bewältigen.“



Prof. Dr. Hans Lilie
Langjähriger Verwaltungsratsvorsitzender des Studentenwerks Halle und ehemaliger Vizepräsident des Deutschen Studentenwerks

»Der Aufbau neuer Anstalten des öffentlichen Rechts war alles andere als einfach «



PERSONALIA

Krone des Studentenwerks



ALEXANDRA KRONE ist seit Mai 2016 Geschäftsführerin des Studentenwerks Osnabrück, das rund 30.000 Studierende betreut. Sie folgt auf Birgit Bornemann, die 13 Jahre lang die Geschäftsführung innehatte. Krone, 42, ist in Osnabrück geboren, ist promovierte Psychologin; die Universität Osnabrück zeichnete ihre mit „summa cum laude“ bewertete Dissertation zusätzlich aus. Vor ihrem Wechsel zum Studentenwerk Osnabrück war sie Geschäftsleiterin Personal und Controlling bei einem Logistikdienstleister mit mehr als 2.000 Beschäftigten. 2013 verlieh ihr der Bundesverband der Personalmanager den „Personalmanagement-Award“. Laut „Neuer Osnabrücker Zeitung“ war Krone „Wunschkandidatin“ des Verwaltungsrats

des Studentenwerks Osnabrück, dem Uni-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Lücke vorsteht. Die Zeitung titelte: „Krone des Studentenwerks“. *sg.*

» www.studentenwerk-osnabrueck.de

Köpfchen und Muskeln



ANDREAS SCHÜLKE ist der neue Geschäftsführer des Studierendenwerks Vorderpfalz. Schülke ist seit April 2016 im Amt bei dem Studierendenwerk, das seinen Hauptsitz in Landau hat und auch in Gernersheim, Ludwigshafen und Worms tätig ist für insgesamt 17.000 Studierende. Der 50-jährige Jurist Schülke, der auch als Rechtsanwalt tätig war, kennt die Studentenwerksarbeit gut: Bis zu seinem Wechsel nach Landau war er Leiter der Allgemeinen Verwaltung und Justitiar des Studentenwerks Gießen, dessen stellvertretender Geschäftsführer er ebenfalls war. Schülke hat sich sein Jurastudium als Hotelportier selbst finanziert. Er ist verheiratet und hat drei Kinder, von denen eines studiert. In seiner Freizeit betreibt er Fitness und etwas Kraftsport. *sg.*

» www.stw-vp.de

IMPRESSUM

DSW-Journal, Das Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW) Ausgabe 1/2016, 11. Jahrgang

Das DSW-Journal erscheint viermal im Jahr.

Herausgeber: Deutsches Studentenwerk e.V., Monbijouplatz 11, 10178 Berlin

Verantwortlich: Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär

Redaktionsleitung: Stefan Grob (sg.), stefan.grob@studentenwerke.de

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe: Christian Füller, Dr. Klaus Heimann, Armin Himmelrath, Tilmann Warnecke, Heike Hucht, Dr. Hans-Jürgen Blinn

Grafik: BlazekGrafik
www.blazekgrafik.de

Karikatur: Heiko Sakurai

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH
www.henrich.de

Beratung: Helmut Ortner
www.ortner-concept.de

Anzeigen:
dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom

1. Januar 2016

Redaktionsanschrift:

Deutsches Studentenwerk e.V.

Redaktion DSW-Journal

Monbijouplatz 11, 10178 Berlin

Tel.: +49(0)30-29 77 27-20

Fax: +49(0)30-29 77 27-99

E-Mail: dswjournal@studentenwerke.de

Internet: www.studentenwerke.de

Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus dem DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.



KOLUMNE

GROB GESAGT

Onliner

Ich bin immer online. Und ich liebe es. Sonntagsabends, beim Tatort, schaue ich mir auf Spiegel Online parallel die Live-Tweets an, die sind oft noch unterhaltsamer als der Tatort selbst, und wenn jemand wirklich klug twittert, wechsle ich zu Twitter und gebe meinem Tatort-abstinenten Kumpel A., um ihn zu ärgern, auf WhatsApp durch, was er mal wieder verpasst, dann antworte ich noch kurz auf die E-Mail meines Chefs, der auch immer online ist, und an einem Sonntag schickte mir mein zwölfjähriger Sohn, anstatt im Kinderzimmer nebenan sanft einzuschlummern, eine SMS: „Papa, was machst Du?“

»Welch ein Glück, dass Berufliches und Privates sich überlappen!«

Ja, was mache ich da eigentlich?

Ich nutze Online-Medien. Ich twittere beruflich, ich bin privatberuflich auf Facebook, ich poste, ich like, ich teile, kommentiere - ich tue all das, was Milliarden Menschen auf dieser Welt auch tun. Ich habe einfach das Glück, dass sich bei mir Berufliches und Privates stark überlappen. Meine Branche, die PR-Branche, hat das Riesenglück, diesen epochalen Umbruch der Kommunikation miterleben zu dürfen. Mit allen Sonnen- und allen Schattenseiten, mit Klugheit auf Twitter und stumpfem Hass auf Facebook. Zurück ins analoge Zeitalter? Bloß nicht. Wir müssen durch diese Revolution hindurchgehen, mit Lust und Begeisterung.

Oh, meine berufliche Praxis verändert sich grundlegend: wie schön! Oh, das Berufliche und das Private vermischen sich: na und?

Offline bin ich, wenn ich tot bin.

Stefan Grob
Redaktionsleiter DSW-Journal
stefan.grob@studentenwerke.de

SERIE

TEAMWORK im Studentenwerk

9 10 11 12 13 14 15 16 17

AN DEN SEE!

Service-Center -

Will Eva Escher (links) aus Weingarten ihre Kolleginnen in Konstanz treffen, ist sie 50 Kilometer unterwegs - inklusive Fährfahrt über den Bodensee. Vor der Mensa in Konstanz staunt sie dann jedes Mal: „Toll, dieser Blick!“ Zusammen mit Petra Kayali (mitte) und Marina Filipczyk (rechts) ist Eva Escher das Service Center-Team von Seezeit Studierendenwerk Bodensee. Es betreut sieben Hochschulen an fünf Standorten, und diese drei fröhlichen Frauen sind für viele Studierenden die ersten Ansprechpartnerinnen. Die häufigste Frage? Östlich des Bodensees: „Wo gibt's denn so ein BAföG-Formular?“, westlich des Sees dagegen: „Ähm ... ich habe meine Mensacard verloren ...“ *him.*

» www.seezeit.com



studierendenwerk bodensee

seezeit



**Oberster Trommler für die Wissenschaftsregion:
Prof. Dr. Manfred Prenzel, Vorsitzender des Wissenschaftsrats.
Taugt sein Modell sogar für die deutsche Wissenschaftspolitik
der nächsten Jahrzehnte?**

TEXT: Klaus Heimann

Die Stimmung ist locker, die Wege sind kurz, und die Ideen sprießen. So stellt sich Prof. Dr. Manfred Prenzel, im Nebenamt Vorsitzender des Wissenschaftsrats, funktionierende Wissenschaftsregionen vor. Prenzel, eigentlich Spezialist für empirische Bildungsforschung an der Technischen Universität München, will wissenschaftspolitisch keine kleinen Brötchen backen. Als er im Juni 2014 sein Amt als Chef der wichtigsten Beratungsinstanz von Bund und Ländern in der Wissenschaftspolitik übernahm, markierte er noch im selben Monat sein wichtigstes Projekt: Er will den Gedanken des regionalen Verbunds in der Wissenschaft als dritte hochschulpolitische Aufgabe neben Forschung und Lehre richtig stark machen.

Vor allem Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sehen sich bisher nicht in der regionalen Verantwortung. Prenzel fragt sich: Warum pflegen die einen die Gemeinsamkeiten, während an anderen Orten das Feld noch brach liegt? Was sind die Erfolgsbedingungen für Kooperation auf regionaler Ebene? Wie sehen die Bedarfe, Potenziale und Grenzen aus? „Das alles sind Punkte, die wir uns aktuell in der Arbeit des

Wissenschaft im Dienst der Region?

**Wir stellen die Leitidee von
Wissenschaftsrat-Chef Manfred Prenzel
auf den Prüfstand.**



Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft fördern die wirtschaftliche Stärke ganzer Regionen. Hochschulen sind Motoren des Fortschritts für ihr Umfeld

Prof. Dr. Johanna Wanka (CDU)
Bundesministerin für Bildung und Forschung

Wissenschaftsrats anschauen“, sagt Prenzel. Und er ist zuversichtlich: „Am Ende des Tages werden wir zeigen, dass es noch Potenzial gibt, das es lohnt zu heben.“

Der Geist des Silicon Valley

Den Kosmos der Wissenschaftsregionen, den gibt es schon länger. Natürlich kann nicht jede Region so erfolgreich sein wie das Silicon Valley in den USA. Kalifornisches Denken taugt zwar zur Inspiration, aber nicht als Kopiervorlage für Deutschland. Aber es gibt sie auch in Deutschland, die gelungenen Spitzencluster, Verbände, Kooperationen und Partnerschaften. Paradebeispiel: die Metropolregion Mittelfranken. Die Städte Nürnberg, Fürth und Erlangen erlitten einen wirtschaftlichen Herzinfarkt, als die Unternehmen Grundig, AEG oder Quelle komplett von der Bildfläche verschwanden. Unter Federführung der Industrie- und Handelskammer (IHK) agierten damals schon die acht mittelfränkischen Hochschulen in einer gut funktionierenden Interessengemeinschaft.

„Beutegemeinschaft“ mit Spitzen-Indikatoren

Am Anfang ging es um den Ausbau der Hochschulen. Später dann um die Entwicklung einer erfolgreichen Wissenschaftsregion. Dr. Robert Schmidt, Leiter des Geschäftsbereichs Innovation und Umwelt bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken, war von Anfang an dabei und kennt das Interesse der Wirtschaft: „Wir brauchen starke Hochschulen, die junge Fachkräfte für die Region ausbilden und die ihre Forschungsergebnisse für den Technologietransfer bereitstellen.“ Den Gedanken der „Beutegemeinschaft“ findet Schmidt nicht unpassend, wenn er an den Beginn der Zusammenarbeit zurückdenkt. „Wir haben uns im Namen der Wirtschaft für die Interessen unserer Hochschulen stark gemacht“, ergänzt Dr. Elfriede Eberl, Forschungsreferentin bei der IHK.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Laut Zukunftsatlas des Marktforschungsunternehmens „Prognos“ ist der Anteil der Hochqualifizierten im bundesweiten Vergleich in Nürnberg-Fürth-Erlangen am größten. Und im Städteranking des Wirtschaftsmagazins „WirtschaftsWoche“ liegt die Region bei den Patentanmeldungen sogar auf Platz eins. Das Erfolgsrezept liegt für Eberl auf der Hand: Wer Innovationen in den Betrieben generieren will, der braucht Wissenschaft in unmittelbarer Nähe. Inzwischen gibt es zwölf IHK-Anwender-Clubs, „in denen ist der Wissens- und Technologietransfer der wichtigste Punkt“, berichtet Schmidt.

Prof. Dr. Joachim Hornegger, Präsidenten der Friedrich-Alexander-Universität (FAU) Erlangen-Nürnberg, kann der Lobby-Runde bei der IHK viel abgewinnen. „Die Frage, wie können wir den Forschungsstandort weiterentwickeln, interessiert natürlich die Hochschulen. Aber auch die Kammer als Vertreter der mittelständischen Wirtschaft und die Kommunalpolitiker“, so Hornegger. Der Region etwas zurückzugeben, das ist für Hornegger eine wichtige Antriebskraft. Dazu gehört für ihn, alles daranzusetzen, um „sehr gute Wissenschaftler und exzellente Studierende zu gewinnen.“

Eine Wissenschaftsmeile

Begeistert berichtet der Präsident vom jüngsten Projekt, der „Wissenschaftsmeile Nürnberg“. „Die Wissenschaftsmeile wird die Sichtbarkeit des Forschungsstandorts international noch einmal erhöhen“, ist Hornegger überzeugt. Die Nürnberger und die Fürther Straße, die die beiden Städte der Metropolregion verbindet, soll die Visitenkarte der Wissenschaftsregion abgeben. Wie an einer Perlenschnur aufgereiht sind hier Institute der FAU, der Technischen Hochschule Nürnberg, die Fraunhofer-Einrichtungen und Forschungsabteilungen von Unternehmen. Es ist eine durch und durch historische Magistrale: Hier dampfte der Adler, die erste Eisenbahn in Deutschland, und im Justizpalast, Fürther Straße 110, fanden die Nürnberger Prozesse gegen die Kriegsverbre-



Im Silicon Valley ist die Stanford-Universität einer der Haupttreiber. Für die Wissenschaftsregion Mittelfranken ist das unsere Aufgabe

Prof. Dr. Joachim Hornegger

Präsident der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg



cher des Nationalsozialismus statt. Der ursprünglich regionale Verbund der fränkischen Hochschulen hat zusätzliche Partner bekommen. Inzwischen sind das Fraunhofer-Institut für integrierte Schaltungen und das für integrierte Systeme und Bauelemente-Technologie, das Helmholtz Institut für Erneuerbare Energien und das Max-Planck-Institut für die Physik des Lichtes hinzugekommen. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind in der Wissenschaftsszene ein gewichtiger Faktor. Bundesweit arbeiten hier rund 100.000 Forscher/innen und Forscher, und 12,5 Milliarden Euro fließen jedes Jahr in die „Außeruniversitären“.

Mehr Arbeitsplätze als vor der Krise

Den Franken ist es gelungen, inhaltliche Schwerpunkte zu definieren. Gemeinsame inhaltliche Ziele, das sind die wichtigsten Bedingungen für erfolgreiche Wissenschaftsregionen. Verkehr und Logistik, Energie und Umwelt oder neue Materialien, das sind die technologischen Kompetenzfelder in Mittelfranken. Der Bereich Medizin und Gesundheit, angeführt von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, schaffte mit Medical Valley in Erlangen den Sprung in die erste Liga Deutschlands. Aktuell wird in 40 Projekten an medizintechnischen Produkten und Dienstleistungen gearbeitet. Dutzende von mittelständischen Betrieben aus dem Feld Gesundheit und Medizin haben sich zusätzlich angedockt.

Das Beispiel Nürnberg-Fürth-Erlangen belegt eindrucksvoll: Wissenschaft mehrt den Wohlstand der Region. Mit dieser Politik gelang es, die Arbeitsplatzverluste der Vergangenheit wettzumachen. Inzwischen gibt es sogar mehr Arbeitsplätze als vor der Krise. War die Wirtschaftsförderung bislang mehr oder weniger erfolgreich damit beschäftigt, potente Unternehmen anzulocken, ist das heute ganz anders. Der Hotspot heißt: Wissenschaftstransfer.



Von Stanford lernen

Je besser die Region in der Wissenschaft aufgestellt ist, umso attraktiver ist sie: für Studierende, junge Wissenschaftler/innen, Start-ups. Das sind allemal die Pfadfinder auf der Suche nach Neuem. Konzerne wie Google, Apple, Cisco, Hewlett Packard, Facebook oder Amazon haben so angefangen. Und jetzt? Google und Apple sind so viel Wert wie alle 30 Unternehmen im Deutschen Aktienindex (DAX 30) zusammen. Heute arbeiten und forschen sie alle im Silicon Valley in enger Verknüpfung mit der privaten Stanford University, eine der besten Universitäten der Welt.

FAU-Präsident Hornegger hat selbst als Informatiker das Zusammenspiel von Hochschule und Unternehmen im Silicon Valley erlebt. In seiner Zeit als Gastwissenschaftler in Stanford hat er beobachtet, welche Rolle Wissenschaft spielen kann. „Im Silicon Valley ist einer der Haupttreiber der Entwicklung die Universität in Stanford. Sie interagiert mit der Industrie und entwickelt so das Tal weiter.“ Und dann ergänzt er: „Und das ist auch unsere Aufgabe. Wir übernehmen als Universität der Region eine zentrale Rolle in der Weiterentwicklung.“ Die FAU setzt auf einen eigenen, nachhaltigen Weg. Die neuen Produktions- und Arbeitsmodelle docken an der gewachsenen industriellen Struktur und dem bewährten deutschen Sozialmodell an.



Die Wirtschaftskraft in Wissenschaftsregionen ist um 20% höher

Prof. Dr. Andreas Schlüter

Generalsekretär des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft

Wissenschaftsregionen: Die Wettbewerber

-  Internationale
-  Bodensee
-  Hochschule



DIE EXKLUSIVEN UNI-VERBÜNDE

Die Zusammenarbeit mehrerer Universitäten in der Region steht bei diesem Typus von Wissenschaftsregionen im Mittelpunkt. Dafür steht beispielhaft die Universitätsallianz Ruhr (UA-RUHR), die Zusammenarbeit der Universitäten Dortmund, Bochum und Essen-Duisburg, oder die strategische Allianz Rhein-Main-Universitäten mit Frankfurt am Main, Darmstadt und Mainz. Diese exklusive Form der Kooperation setzt auf Synergien zwischen den Unis, schließt aber viele Akteure der Wissenschaft in der Region aus. Sie nehmen noch nicht einmal die Fachhochschulen mit ins Boot. Das geht auch anders. Das zeigt die Internationale Bodensee-Hochschule (IBH), ein grenzüberschreitender Verbund von 30 Universitäten und Fachhochschulen aus Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz.

DIE ERFOLGREICHEN

Seit dem Jahr 2008 setzt das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen seiner Hightech-Strategie auf Spitzencluster. 1.300 Förderprojekte arbeiten in 15 regionalen Spitzenclustern. So wie beispielsweise das Biotechnologie-Cluster „Medizin gegen Krebs“ in der Region Rhein-Neckar (BioRN) oder das Cluster AVIATION zur Luftfahrttechnik in der Region Norddeutschland. Die Spitzencluster haben national wie international große Strahlkraft. Ähnlich arbeiten die neun Forschungscampusse. Im Campus „Open Hybrid Lab Factory“ in Wolfsburg geht es um Leichtbau und innovative Werkstoff- und Fertigungstechnologien, und bei der „ARENA 2036“ in Stuttgart geht es um Leichtbau. Im Kern dieser Projekte geht es immer um die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft in regionalen Zusammenhängen.

Open Hybrid
LabFactory e.v.

ARENA2036



PRO LOEWE

Netzwerk der
LOEW -

DIE FÖRDERER

Wissenschaftsregionen beinhalten auch die Chance einer Renaissance der Länder in der Wissenschaftspolitik. Das Land Hessen fördert thematisch fokussierte Forschungsverbünde (Pro LOEWE) zwischen Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Bereits bestehende wahrnehmbare wissenschaftliche Kerne werden zu örtlichen und regionalen Zentren ausgebaut. Auch das Modell „Leibniz-Wissenschafts-Campus“ will das oft bemängelte Nebeneinander von universitärer und außeruniversitärer Forschung aufbrechen. Die Leibniz-Gemeinschaft unterstützt so angelegte Projekte.

DIE MUTIGEN

Die Hochschulen als Partner für die Entwicklung in der Region wollte die Industrie- und Handelskammer (IHK) Nürnberg gewinnen. Deshalb hat sie die Interessengemeinschaft Hochschulen Region Nürnberg (igh) gegründet und vorangetrieben; in unserem Text haben wir sie als „Metropolregion Mittelfranken“ vorgestellt. In der Gemeinschaft, die die Kammer auch managt, sind alle acht regionalen Hochschulen und die Wirtschaft vertreten. Ziel ist es, die Kooperations- und Synergiepotenziale der Hochschulen untereinander sowie die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft zu nutzen. Unter dem Dach der „Wissenschaftsregion NordOst“ haben sich neun Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammengeschlossen, um die Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur im östlichen Mecklenburg-Vorpommern zu befördern und die zentrale Bedeutung der Wissenschaft für die Region sichtbar zu machen.



**Interessengemeinschaft
Hochschulen
Region Nürnberg**

DIE TROMMLER

Manchmal geht es schlicht um Wissenschafts-Marketing. So bei der Wissenschaftsregion Bonn. Gemeinsam bilden die Stadt Bonn und die benachbarten Kreise mit Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen die Wissenschaftsregion Bonn. Gemeinsam tritt man auf internationalen Leitmessen auf, die Bonner Wissenschaftsnacht geht gemeinsam über die Bühne, und bei Fachveranstaltungen treffen sich die Partner. Viel mehr ist nicht.

DIE GESCHEITERTEN

Das mit den Wissenschaftsregionen klappt nicht immer; es gibt auch Scheitern. So in Sachsen: Die im Sächsischen Hochschul-Entwicklungsplan 2020 ausgerufenen vier Cluster-Regionen (Dresden, Leipzig, Chemnitz, Freiberg) sind in der Fortschreibung der Planung nicht mehr zu finden. Die Idee der ehemaligen Wissenschaftsministerin Sabine Irene Freifrau von Schorlemer (2009 bis 2014, parteilos), die Regionen bei Internationalisierung, Synergien und Wissenstransfer zu vernetzen, verfolgt Nachfolgerin Eva-Maria Stange (SPD) so nicht mehr. Im Norden ist die Idee des Wissenschaftsministeriums einer Niedersächsischen Technischen Hochschule (NTH) gescheitert. Der versuchte Zusammenschluss von TU Braunschweig, TU Hannover, TU Clausthal zu einem schlagkräftigen Netzwerk stieß auf das Desinteresse der Universitäten. Fazit: Top-down verordnete Wissenschaftsregionen funktionieren nicht.

:wissenschaftsregion bonn 

Mehr Wirtschaftskraft, weniger Arbeitslosigkeit

Ökonomen der London School Economics (LSE) haben die Effekte von Wissenschaft sogar in Euro berechnet. Wenn es gelingt, die Forschung in Hochschulen, außeruniversitären Einrichtungen und in den Unternehmen zu fokussieren und zu bündeln, dann steigt die Wirtschaftsleistung pro Kopf im Schnitt um vier Prozent. Hört sich nicht viel an, sind aber immerhin 121 Milliarden Euro für Deutschland. Und Prof. Dr. Andreas Schlüter, Generalsekretär des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, ergänzt, dass die Arbeitslosigkeit in starken Wissenschaftsregionen im Durchschnitt ein Drittel niedriger ist. Und: „Die Wirtschaftskraft ist pro Kopf um ein Fünftel, etwa 4.000 Euro, höher als im Bundesdurchschnitt“, erklärte er auf einer Tagung des Stifterverbands im Februar 2016 in Berlin.

Auf Daten des Stifterverbands berief sich auch Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka (CDU), als sie bei der Jahresversammlung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) im Mai 2016 in Berlin sprach. Sie sagte: „Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft fördern die wirtschaftliche Stärke ganzer Regionen: Laut einer Studie des Stifterverbands verbessern Hochschulen in ihren Regionen das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Schnitt um knapp 4.500 Euro, senken die Arbeitslosigkeit um 3,1 Prozentpunkte und steigern das Patentaufkommen um rund 13 Prozent, jeweils gemessen am bundesdeutschen Durchschnitt. Hochschulen sind somit Motoren des Fortschritts für ihr Umfeld.“ Wankas Loblied hat einen guten Grund: Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot steht, man wolle regionale Verbände stärker fördern.

Wissenschaftsregionen können sich auch deshalb gute Perspektiven erarbeiten, weil die Wirtschaft sich inzwischen in der Forschung anders aufstellt, erläutert FAU-Präsident Hornegger. „Vor zwanzig Jahren haben starke Unternehmen ihre Innovationen im eigenen Hause betrieben.“ Man hatte 200 Wissenschaftler, die haben geforscht und entwickelt. Heute sei durch die globale Vernetzung der Zugriff auf Informationen, auf neues Wissen, nicht mehr zu monopolisieren. „Irgendeiner stellt seine Forschungsergebnisse ins Netz und dann sind sie sofort weltweit verfügbar.“ Viele Innovationen entstünden heute außerhalb der Unternehmen. Deshalb seien sie darauf angewiesen, sich in andere, vor allem hochschulische Netzwerke einzubinden. „Und wir haben verstanden, dass die Innovationstreiber der Zukunft die Start-ups sind, die wir aus den Hochschulen heraus gründen. Wir vermitteln den Studierenden, dass sie sich

mit unserem Abschluss nicht unbedingt bei großen Firmen bewerben sollen, sondern sich sehr wohl zutrauen können, in unserem Umfeld etwas Neues aufzusetzen.“

Erfolgreiche, Mutige, Gescheiterte

Der Kosmos der Wissenschaftsregionen in Deutschland jenseits der Metropolregion Mittelfranken ist bunt und vielgestaltig. Schnell sind 60 regionale Akteure, Orte und Institutionen identifiziert. Das „Who's Who“ der deutschen Wissenschaftsregionen dekliniert sich so: Es gibt die Erfolgreichen, die Verbandelten, die Förderer, die Mutigen, die Gescheiterten, die Trommler, die Vordenker und die Unterstützer (vgl. die Info-Grafik).

Aber: Wissenschaft im Dienst für Region? Ist das überhaupt eine angemessene Aufgabenstellung? Wissenschaft soll doch die großen Probleme der Menschheit lösen: Wie verhindern wir Krieg? Wie retten wir das Klima? Wie erreichen wir, dass alle Menschen sauberes Trinkwasser haben? Dahinter fallen doch Fragen nach der Wohlfahrt in der Region weit zurück. Wissenschaftsrat-Chef Prenzel jedenfalls akzeptiert den vermeintlichen Gegensatz zwischen Spitzenforschung und regionalem Verbund nicht. „Beide Perspektiven lassen sich gut miteinander vereinbaren“, sagt er, und fügt hinzu: Wissenschaftspolitisches Interesse für Regionen sei auch in Zeiten starker Internationalisierung nicht Ausdruck für provinzielles, rückwärtsgewandtes Denken. „Im Gegenteil: Regionale Kooperationen sind ebenso notwendig wie internationale.“



**Es reicht nicht, eine Struktur vorzugeben.
Die Lektion haben wir gelernt**

Gabriele Heinen-Kljajic (Bündnis 90/Die Grünen)
Niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur



Die Humboldtsche Welt der Einsamkeit und Freiheit als Idee für die deutsche Universität reicht nicht mehr

Prof. Dr. Detlef Müller-Böling

ehemaliger Geschäftsführer des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE)



Zusammenarbeit statt Einsamkeit

Unterstützung gibt es von Prof. Dr. Detlef Müller-Böling, dem ehemaligen Rektor der Universität Dortmund und langjährigen Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh. Er hat die Bedeutung der Region als wissenschaftliches Handlungsfeld relativ spät entdeckt. Seine Studie von 2011, im Auftrag der Stiftung Mercator in Essen, vergleicht die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Regionen Zürich, München, Berlin mit dem Ruhrgebiet. Für Müller-Böling ist ganz wichtig, dass die Professor/innen bereit sind zu kooperieren. „Wir kommen aus der Humboldtschen Welt der Einsamkeit und Freiheit als Idee für die deutsche Universität. Aber das reicht nicht mehr. Es braucht die Zusammenarbeit mit dem anderen. Ich sehe, dass viele Wissenschaftler dies inzwischen erkannt haben.“ Das ist eine wichtige Voraussetzung für den aktuellen Erfolg der Wissenschaftsregionen: Die Wissenschaftler/innen, also diejenigen, die die Kärnerarbeit machen, wollen ihrem Umfeld zum Erfolg verhelfen.

Das klappt allerdings nicht immer. In Niedersachsen und im Freistaat Sachsen sind Versuche, Wissenschaftsregionen zu etablieren, gescheitert. In beiden Fällen waren es Top-down-Modelle aus den Wissenschaftsministerien. So stampfte das Land Niedersachsen nach sechs Jahren Laufzeit den umstrittenen Hochschulverbund Niedersächsische Technische Hochschule (NTH) ein. Das war die Allianz der drei Hochschulen TU Braunschweig, TU Clausthal und Universität Hannover. Die niedersächsische Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajic zog die Notbremse: „Wir haben die Lektion gelernt, dass es nicht reicht, eine Struktur vorzugeben und dann zu erwarten, dass die Akteure darin erfolgreich wirken werden.“

Top-down funktioniert nicht

Eine ähnliche Erfahrung machten die Hochschulpolitiker in Sachsen. Der Freistaat verordnete schon im

Jahr 2011 in seinem „Hochschul-Entwicklungsplan 2020“ die Idee der Wissenschaftsregionen für Dresden, Leipzig, Chemnitz und Freiberg. Nicht nur für den regionalen Zuschnitt gab es verbindliche Vorgaben, ebenso für die Arbeitsgebiete: Internationalisierung, Synergien und Wissenstransfer. Im jetzt fortgeschriebenen Hochschulplan 2025 findet sich der Begriff Wissenschaftsregionen nicht mehr.

Andreas Friedrich, Pressesprecher des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst, sagt, dass die Vorgaben zu starr waren und in der Praxis scheiterten. „Netzwerke soll es auch in Zukunft geben, die müssen aber auf den eigenen Antrieb der Hochschulen zurückgehen“, so Friedrich.

So wie in der Landeshauptstadt. Hier operiert „DRESDEN-concept“ erfolgreich. Dieser Hochschul-Verbund von jetzt 20 Partnern setzt auf Synergien in den Bereichen Forschung, Ausbildung, Infrastruktur und Verwaltung. Um diesen Schatz zu heben, bedarf es eines Dreiklangs aus „förderlichen Strukturen, räumlicher Nähe und einer persönlichen Verbundenheit der treibenden Personen im Netzwerk.“ Das erläuterte Prof. Dr. Hans Müller-Steinhagen, der Rektor der Universität Dresden, auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

Nach der Schuldenbremse: Prenzels Modell?

Für den Wissenschaftsrat-Vorsitzenden Manfred Prenzel ist mehr Kooperation auch aus anderen Gründen angesagt: Bereits jetzt sei erkennbar, wie die Rahmenbedingungen für die Wissenschaft in Deutschland sich in den nächsten Jahren verändern. Die Studierendenzahl würde nicht weiter so wachsen, und die beschlossene Schuldenbremse der Länder treffe auch die Hochschulen. Das System Hochschule sei spätestens dann gefordert, zu zeigen, wie durch gemeinsame Nutzungskonzepte bei teuren Einrichtungen oder in der Lehre Gelder einzusparen sind. „In einer solchen Situation sind neue Organisationsformen, wie regionale Verbünde, gefragt“, erklärt Prenzel. „Es hilft nicht, wenn jeder für sich strampelt, notwendig sind gemeinsame Ansätze.“ Wie die konkret aussehen, das wird der Wissenschaftsrat Anfang 2017 zeigen. Zum Ende seiner Zeit als Vorsitzender präsentiert der oberste deutsche Wissenschaftslobbyist Prenzel dann sein Vermächtnis: Perspektive Wissenschaftsregion.



DER AUTOR

Dr. Klaus Heimmann ist freier Journalist und Moderator in Berlin. Er schreibt zu den Themen Bildung, Arbeitswelt und Karriere





Industrie 4.0

»Wir dürfen

keine

Angstdebatte

führen«

Bildung 4.0

DIGITALISIERUNG

Folgt auf Industrie 4.0 gleich Bildung 4.0? Was heißt das für Hochschulen und die Berufsbildung? **Sigmar Gabriel** (SPD), Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler, antwortet auf neun Fragen.

Was kommt mit Industrie 4.0, überhaupt mit der Digitalisierung der Wirtschaft, auf Deutschland zu?

Digitalisierung prägt bereits heute die Art, wie wir leben, arbeiten, kommunizieren - und wird es künftig noch stärker tun. Die digitale Transformation ist eine der zentralen Gestaltungsaufgaben der nächsten Jahre und gerade für Deutschland als Produktionsstandort ein entscheidendes Zukunftsthema. Wichtige Grundlagen für den Wettlauf um die Produkte und die Märkte von morgen werden jetzt gelegt. Wir wollen Deutschland als digitales Wachstumsland Nummer 1 in Europa etablieren und eine Führungsrolle bei einer konsequenten, vertrauenswürdigen und sicheren Digitalisierung von Wirtschaften, Leben und Arbeiten einnehmen.

Wie wird sich die Arbeitswelt verändern durch Industrie 4.0?

Hier müssen wir aufpassen, dass wir keine Angstdebatte führen. Denn das ist schlicht falsch. Industrie 4.0 bedeutet gute Arbeit mit neuen Chancen und Aufgabenfeldern für Arbeitnehmer, nicht menschenleere Fabriken. Entscheidend ist, dass Unternehmen und Sozialpartner sich frühzeitig engagieren. Aus- und Weiterbildung werden künftig noch wichtiger, und selbstverständlich müssen Unternehmen und Sozialpartner auch die kritischen Fragen im Blick haben und aufmerksam verfolgen, wie etwa: Was bedeutet es, wenn die Grenzen der Arbeit verschwimmen? Was müssen wir tun, um die Beschäftigten für Industrie 4.0 fit zu machen? Der umfassende und enge Dialog zwischen Sozialpartnern,

Foto: picture alliance/dpa



»Wir wollen nicht nur junge Leute dazu bringen, sich durch ein Studium weiterzuqualifizieren, sondern auch umgekehrt soll das berufliche Bildungssystem mehr und bessere Möglichkeiten für Studienaussteiger bieten«

Politik, Wissenschaft und Gesellschaft ist ein wichtiger Faktor, der unsere Wirtschaft stark macht. Daher haben wir im Bundeswirtschaftsministerium diesen Dialog mit der Plattform Industrie 4.0 verstetigt und auf die neuen Herausforderungen der Digitalisierung ausgerichtet.

Welche Qualifikationen, welche Kompetenzen werden künftig erforderlich sein?

Industrie 4.0 verändert nicht nur bestehende Wertschöpfungsmodelle, sondern auch die Organisationsformen in den Unternehmen sowie die Qualifikationsanforderungen an die Belegschaft. Insgesamt werden dabei natürlich die IT-Kompetenzen der Mitarbeiter eine grundlegende Rolle spielen.

Aber durch das Zusammenwachsen von Informationstechnologie, Automatisierungstechnik und Software werden auch Organisationstätigkeiten immer anspruchsvoller. Daher kann ich es nur nochmal wiederholen: Weiterbildungsmöglichkeiten und eine Arbeitsorganisation, die das Lernen von Beschäftigten fördert, müssen in den Unternehmen einen Schwerpunkt bilden.

Wie muss sich das duale Berufsbildungssystem, wie müssen sich die Hochschulen darauf vorbereiten?

Die halbe Welt bewundert uns für unser System der dualen Berufsausbildung. Und gerade dieses System erweist sich auch bei der Anpassung an die Heraus-

forderungen von Industrie 4.0 als große Stärke, denn der praktische Teil der Lehre findet in den Betrieben statt, und die Ausbildungsunternehmen sind immer am Puls der Zeit. Und das gilt in ähnlicher Form auch für die akademische Ausbildung. Auch hier gibt es immer mehr Partnerschaften und Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen. Das ist der richtige Weg und hiervon profitieren beide Seiten.

Findet Industrie 4.0 denn schon Niederschlag in Neuordnungsverfahren von Ausbildungsberufen oder von Studiengängen?

Ja selbstverständlich. Denn nur durch ständige Anpassung und Erneuerung hält die duale Berufsausbildung Schritt mit den technischen Entwicklungen der Berufs- und Arbeitswelt. Hierzu erfolgt eine regelmäßige Anpassung der Ausbildungsordnungen in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern. So haben wir beispielsweise im letzten August eine Vielzahl von Ausbildungs- und Prüfungsinhalten angepasst, unter anderem die Ausbildung zur Automatenfachfrau/-mann, zum Bergbautechnologen oder Betonfertigteilbauer. Die Sozialpartner stellen gerade durch ihre Sachverständigen bei den Neuordnungsverfahren sicher, dass die betriebliche Expertise und damit die aktuellen Entwicklungen und Innovationen des jeweiligen beruflichen Handlungsfeldes in das Ausbildungsgeschehen einfließen.

Was tut das Bundesministerium für Wirtschaft darüber hinaus? Unser Eindruck ist: Es gibt Agenden und Programme, die Länder werkeln an der Digitalisierung der Bildung, Ihr Haus genauso wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung ...

Bei der Neuordnung dualer Berufe geht es um Qualität und Nachhaltigkeit. Schnellschüsse sind nicht angesagt, denn nur der Konsens der Sozialpartner trägt eine Neuordnung und garantiert deren Umsetzung in der betrieblichen Praxis. Ich kann nur für mein Haus sprechen, wir handeln im engen Dialog mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften.

Verlangt die Digitalisierung nicht dringend nach mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung? Wie können die Übergänge zwischen den beiden Systemen verbessert werden?

Ja, ganz klar. Zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung brauchen wir mehr Durchlässigkeit. Beide Bereiche bilden die zentralen Säulen für unseren Fachkräftenachwuchs. Dennoch müssen wir Jugendliche nicht nur über das Hoch-



Industrie 4.0 bedeutet gute Arbeit mit neuen Chancen und Aufgabenfeldern für Arbeitnehmer, nicht menschenleere Fabriken

ZUR PERSON

Sigmar Gabriel, 56, ist Vizekanzler, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender der SPD. Er stammt aus einfachen, auch schwierigen familiären Verhältnissen und galt als verhaltensauffälliges Kind. Ungeachtet dessen schaffte er den Bildungsaufstieg. 1976 machte er in Goslar die Mittlere Reife, nach seinem Wehrdienst studierte er von 1982 bis 1989 in Göttingen Germanistik, Politik und Soziologie auf Lehramt; 1987 bis 1989 machte er sein Referendariat. Während seiner Studienzeit jobbte Gabriel nebenbei als Nachtportier in einem Göttinger Hotel und beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Er sammelte Berufserfahrung in der Erwachsenenbildung, unterrichtete Deutsch für Ausländer und Berufsvorbereitung für arbeitslose Jugendliche beim Bildungswerk Niedersächsischer Volkshochschulen in Goslar, wo er lebt. Sigmar Gabriel ist in zweiter Ehe verheiratet, hat eine erwachsene Tochter aus erster Ehe und mit seiner jetzigen Ehefrau eine zweite Tochter, die 2012 geboren wurde. Gabriel ist ein Befürworter der beiden Freihandelsabkommen CETA und TTIP.

schulstudium informieren, sondern ihnen auch die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten in der beruflichen Bildung stärker verdeutlichen und das Image der dualen Ausbildung noch weiter stärken. Das ist auch ein zentrales Anliegen der Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung. Hier arbeitet die Bundesregierung gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit sowie Wirtschaft, Gewerkschaften und Ländern zusammen, beispielsweise gerade auch beim Thema der wechselseitigen Durchlässigkeit. Das bedeutet, wir wollen nicht nur junge Leute dazu bringen, sich durch ein Studium weiterzuqualifizieren, sondern auch umgekehrt soll das berufliche Bildungssystem mehr und bessere Möglichkeiten für Studienaussteiger bieten.

Heißt für Sie Digitalisierung, die Bildung letztlich ausschließlich an den Qualifikationsanforderungen der Industrie auszurichten?

Nein, das heißt es ganz sicher nicht, und das wäre sicher auch nicht im Interesse unserer Industrie. Vielmehr brauchen wir enge Kooperation zwischen Schulen, Berufsschulen, Universitäten und Industrie.

Wie kann dann Ihr Ministerium über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) diese Kooperation von Unternehmen und Hochschulen, also regionale Verbände oder „Wissenschaftsregionen“, fördern?

Die GRW ist das zentrale regionalpolitische Förderinstrument von Bund und Ländern. Im Fokus steht die Förderung gewerblicher und kommunaler Investitionen, aber auch die Vernetzung und Kooperation. So fördern wir über die GRW beispielsweise auch Technologie- und Gründerzentren an Hochschulstandorten. Seit 2015 können auch Innovationscluster gefördert werden. Deutschland braucht leistungsstarke, regionale Cluster. Wenn Unternehmen und Forschungseinrichtungen langfristig kooperieren, können sie von den jeweiligen Stärken und Kompetenzen profitieren. Daher bildet das Thema Clusterpolitik ein wichtiges Element unserer Innovationspolitik, welches die Regionalförderung ergänzt.

Stresstränen, Freudentränen

AZUBI-WETTKOCHEN

Vier Zutaten, acht Koch-Azubis aus den NRW-Studierendenwerken, ein Drei-Gänge-Menü. Beim diesjährigen Azubi-Wettkochen in Siegen gab es Stresstränen, Freudentränen – und einen Heimsieg.

TEXT: Heike Hucht

FOTOS: Kay Herschelmann

Der Zucker schmilzt einfach nicht. Das Kochfeld lässt ihn auch Minuten nach dem Einschalten kalt. Da hilft weder Unter-den-Topf-Gucken noch Am-Kopf-Kratzen. Und weiter Erdnüsse hacken und an Karamell denken leider auch nicht. Max Poppel ist ratlos. Der entscheidende Hinweis kommt schließlich von Prüfer Timo Sommer, Wirtschaftsleiter und Küchenmeister der Diakonie Südwestfalen. „Ist das wirklich ein Induktionstopf?“, will er von dem Auszubildenden des Studierendenwerks Essen-Duisburg wissen. Poppel stutzt – und stürzt los, um ein Kochgeschirr mit ferromagnetischem Boden zu holen.





Der Auszubildendenwettbewerb der Studierendenwerke NRW fand vom 14. bis 18. März 2016 statt; unsere Reportage stammt vom 18. März 2016. Die Abschlussprüfungen fanden nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe statt.



„An die Töpfe, fertig – los!“

Vor rund 40 Minuten, pünktlich um 8.00 Uhr früh, hat Dirk Heindricks mit dem Startkommando „An die Töpfe, fertig – los!“ die Teilnehmer des Koch-Azubi-Wettbewerbs auf ihre Plätze geschickt. Der Küchenleiter des Ausbildungsrestaurants „ars mundi“ im Studierendenwerk Siegen ist nicht nur Hausherr am Austragungsort. Er soll den acht Koch-Azubis, die die Studierendenwerke in Nordrhein-Westfalen ins Rennen geschickt haben, auch bei Fragen zur Seite stehen, den beiden eigenen Schützlingen ebenso wie den Gästen aus den Studierendenwerken Paderborn, Dortmund, Essen-Duisburg und Wuppertal. Alle acht sind im dritten Lehrjahr und gehören zu den besten ihres Jahrgangs. Für den Wettbewerb nominiert wurden die zwei jungen Frauen und die sechs jungen Männer von ihren jeweiligen Ausbildern.

„Auszubilden ist für uns eine Verpflichtung, die wir Studierendenwerke sehr ernst nehmen“, sagt Detlef Rujanski, der Geschäftsführer des Studierendenwerks Siegen, das den Koch-Azubi-Wettbewerb erfunden hat und seit 1988 ausrichtet. „Mit dem Wettbewerb bieten wir Koch-Auszubildenden im dritten Lehrjahr die beste denkbare Prüfungsvorbereitung unter Echtbedingungen“, sagt Rujanski.

Das Kochen unter Prüfungsbedingungen ist Höhepunkt der vorausgegangenen Workshop-Woche, die an diesem Freitag zu Ende geht. Seit Montag haben sich die Auszubildenden durch Theorie und Praxis verschiedener Wissensfelder geackert, von Fisch über Fleisch bis Ser-

“

Mit dem Wettbewerb bieten wir Koch-Auszubildenden im dritten Lehrjahr die beste denkbare Prüfungsvorbereitung unter Echtbedingungen, sagt Rujanski



vice. Am heutigen Freitag können sie zeigen, was sie gelernt haben. „Natürlich wäre es toll, zu gewinnen“, sagt Saskia Riedel vom Studierendenwerk Paderborn, während sie den Teig für ihre Apfel-Walnuss-Tarte ausrollt. „Aber selbst wenn es nicht klappt: Der Wettbewerb ist auf alle Fälle eine gute Vorbereitung für die Abschlussprüfung.“

Schwein, Meerbarbe, Pastinake, Apfel

Neben der gebürtigen Thüringerin werkelt Yasin Zeria parallel an einer Pastinakensuppe und an Rotweibutter, die sein Hauptgericht adeln soll. Jedes Drei-Gänge-Menü muss vier Zutaten enthalten, die von der Prüfungskommission vorgegeben wurden. In diesem Jahr sind das neben Schweinefilet und Meerbarbe auch Pastinake und Apfel. Außerdem soll ein Teig verarbeitet werden, egal ob süß oder herzhaft. Alles andere dürfen die acht Prüflinge selbst entscheiden. Nachdem sie im Januar 2016 über die fixen Ingredienzien informiert wurden, hatten sie einige Wochen Zeit, Rezepturen für jeweils sechs Portionen zu entwickeln, Warenkörbe zusammenzustellen und Ablaufpläne einzureichen.



Noch wird gescherzt und gelacht ...

Während die meisten seiner Mitstreiter eine süße Teigvariante gewählt haben, setzt Philipp Grunwald auf einen Nudelteig, den er mit einer selbst hergestellten Spinatmatte grün färbt. „Ganz alte Schule, echtes Handwerk“, wird von den vier Prüfern anerkennend vermerkt. Bis zur Präsentation der Gerichte ziehen sie von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz und beobachten die Auszubildenden beim Umgang mit Gerätschaften und Lebensmitteln. Noch läuft alles rund, es wird gescherzt und gelacht. „Das ist eine erstaunlich entspannte Gruppe“, kommentiert Kestutis Ivanauskas, ehemaliger Berufsschullehrer und IHK-Prüfer, die lockere Arbeitsatmosphäre. Sogar Andreas Göhrke, der für eine TV-Reportage von einem Kamerateam des Westdeutschen Rundfunks begleitet wird, ist die Ruhe selbst.

Kurze Zeit später dann die erste Krise: Beim Füllen mit der Farce reißt Sabrina Poschmann das Schweinefilet ein. Die Nerven der Siegernerin liegen blank, Tränen fließen. Helfer Heindricks rettet die Situation, die Auszubildende fängt sich wieder und arbeitet konzentriert weiter. Gegen 12.00 Uhr mittags zieht das Tempo merklich an. Im Laufschrift werden fehlende Zutaten aus dem Kühlraum geholt oder benutztes Geschirr weggeräumt. Nur noch eine Viertelstunde, bevor der erste Gang den Prüfern zum Begutachten und Verkosten präsentiert werden soll. Die Bewegungen werden hektischer, Kochjackenärmel saugen Schweißperlen auf, der Lautstärkepegel steigt. Zwischen köchelnden Belugalinsen und fast garen Meerbarbenfilets kommt nun auch Marc Kunert vom Studierendenwerk Dortmund ins Rotieren, alle paar Minuten wandert sein Blick zu Uhr.



Detlef Rujanski

»Auszubilden ist für uns eine Verpflichtung, die wir Studierendenwerke sehr ernst nehmen«

Detlef Rujanski,
Geschäftsführer des
Studierendenwerks Siegen



Beim Füllen mit der Farce reißt Sabrina Poschmann das Schweinefilet ein. Die Nerven der Siegernerin liegen blank, Tränen fließen. Helfer Heindricks rettet die Situation, die Auszubildende fängt sich wieder und arbeitet konzentriert weiter



Im Minutentakt

Christoph Deis vom Hochschul-Sozialwerk Wuppertal ist einer der ersten, der seine Vorspeise schickt: zwei Portionen zur Prüfungskommission, vier zu den Gästen der Veranstaltung. Sobald seine Mitstreiter nachziehen, läuft der Countdown. Im Abstand von 20 und 25 Minuten müssen auch die anderen beiden Gänge angerichtet sein. Die Prüfer haben anschließend etwa eine Dreiviertelstunde, jedes Gericht zu bewerten: Wie sieht es aus? Wie schmeckt es? Wie gut passen die Komponenten zusammen? Stimmen Konsistenzen und Würzprofil? Zusammen mit den Ergebnissen der schriftlichen Prüfung und der Benotung des Arbeitsprozesses ergibt sich so eine Punktzahl zwischen 0 und 100.

Die Ergebnisse verkündet Elmar Könninger, Abteilungsleiter Gastronomie des Studierendenwerks Siegen, kurz nach halb drei: Der Paderborner Azubi Philipp Grunwald darf sich über einen dritten Platz freuen, Andreas Göhrke vom Studierendenwerk Siegen über seine Zweitplatzierung. Gewinnerin Sabrina Poschmann, ebenfalls vom Studierendenwerk Siegen, kann ihr Glück kaum fassen. Ungläubig schlägt sie die Hände vor den



Mund. Als ihr die anderen gratulieren, kullern Freudentränen. Ihr Siegerinnen-Menü: Gebratenes Meerbarbenfilet mit Limettenschaum, Schweinefilet im Brotmantel mit Speck-Senf-Sauce, Pastinaken-Möhren-Gemüse und grünem Risotto, als Nachspeise Zweierlei vom Apfel aus Apfel-Walnutstarte und Apfeltiramisu.

Sabrina Poschmann gewinnt einen Reisegutschein im Wert von 450 Euro sowie einen Bildband über Pasta. Was sie mit Blick auf die bevorstehende Abschlussprüfung über sich gelernt hat? „Ich muss noch an meinem Zeitmanagement arbeiten“, sagt die Siegerin aus Siegen. Die Generalprobe war jedenfalls ein voller Erfolg.

Studentenwerke bilden aus

Die Ausbildungsleistung der Studentenwerke kann sich sehen lassen: Mehr als 400 Auszubildende machen derzeit ihre Ausbildung bei einem Studentenwerk. Der am weitesten verbreitete Ausbildungsberuf ist der der Bürokauffrau bzw. des Bürokaufmanns, darunter auch etliche IT-Kaufleute, dann folgen die Köchinnen und Köche. Allerdings löst in der betrieblichen Ausbildung das neue Berufsbild „Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie“ immer stärker die Köchin und den Koch ab. Stark im Zunehmen sind auch Erzieherinnen und Erzieher, die ihren Beruf in einer Studentenwerks-Kita lernen.



DIE AUTORIN

Heike Hucht arbeitet als freie Journalistin in Münster. Sie schreibt vor allem über Genuss, Gastronomie und Architektur. Ihre spannendste Beobachtung beim Wettstreit der Koch-Azubis: Siegeswille und Hilfsbereitschaft schließen sich keineswegs aus

MARTINA MÜNCH

Als Bildungsministerin stand sie in der Dauerkritik. Nun ist sie zum zweiten Mal Wissenschaftsministerin in Brandenburg. Porträt einer Politikerin, die oft mit Ursula von der Leyen verglichen wird – und diesen Vergleich ablehnt.

TEXT: Tilmann Warnecke

FOTOS: Charles Yunck

Die Rückkehrerin

Der Campus der Universität Potsdam ist vielleicht der schönste in Deutschland, und sicher der herrschaftlichste. Die Uni residiert im Park von Sanssouci im Neuen Palais, in einem jener Schlösser also, die einst Friedrich der Große bauen ließ. Ein beeindruckendes Ambiente – so denkt auch Martina Münch, die Wissenschaftsministerin in Brandenburg, die an diesem Tag zum Gespräch auf den Campus gekommen ist. „Wenn man die Studierenden hier ein und ausgehen sieht, würde man auch gerne noch einmal zur Uni gehen“, sagt Münch und lacht.

Dann zeigt sie auf einige Gipsplastiken, die an einem kleinen Pavillon am Wegesrand lehnen und offensichtlich gerade restauriert werden sollen: „Davon haben wir noch viele in den Depots, ein wunderbares Zeugnis unseres Kulturerbes.“ Und sie beginnt zu erklären, wie sich die Uni und die staatlichen Schlösser gemeinsam der Figuren annehmen, diese erforschen und neu aufbereiten.

Studienbedingungen, Forschung, Kulturerbe – das sind zentrale Bereiche, um die sich Münch seit Anfang März 2016 als Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Brandenburg kümmert. Sie folgte Sabine Kunst im Amt, die mitten in der Legislaturperiode als Präsidentin an die Humboldt-Universität nach Berlin wechselte.



Foto:

Martina Münch über:

... Hochschulfusionen: „Es wird bundesweit sehr genau geschaut, was in der Lausitz passiert. In strukturschwachen Regionen im Osten wie im Westen überlegt man, wie Fusionsprozesse von Hochschulen ablaufen können – gerade wenn es sich um unterschiedliche Hochschultypen handelt.“

... die Exzellenzinitiative: „Wir sind mit der Exzellenzinitiative auf dem richtigen Weg. Wir brauchen sie, damit Deutschland in der Wissenschaft international anschlussfähig ist. Spitzenförderung sollte auch nicht gegen Breitenförderung ausgespielt werden: Ich muss das eine tun und darf das andere nicht lassen.“

... Studentenwerke: „Die Studentenwerke haben eine ganz wichtige Funktion für Studierende. Diese wollen sich wohl fühlen, sie wollen vernünftig wohnen, vernünftig versorgt werden. Das hat alles seinen Preis – gehört aber zum Studium dazu.“

... Bologna: „Mich treiben die Berufschancen von Bachelor Absolventen um. Nicht alle Unternehmen sind derzeit offen, diese Absolventen direkt aufzunehmen. Dafür müssen wir mehr werben.“

... die Digitalisierung der Hochschulen: „Gerade Teilzeitstudierende können über E-Learning-Programme einiges nachholen. Wir brauchen dafür aber eine funktionierende Infrastruktur: Der Netzausbau ist noch nicht überall so weit fortgeschritten, dass man flächendeckend einen schnellen Datenfluss hat.“

Für die 54-jährige Münch ist das ein Comeback, das manche überraschte. Denn nach den Wahlen im vorvergangenen Jahr war sie, zuvor als Bildungsministerin für die Schulen zuständig, zunächst nicht wieder ins Kabinett berufen worden. Ihre Amtsführung war zuletzt auch in ihrer eigenen Partei, der SPD, von vielen als unglücklich empfunden worden. Dabei galt sie einst als eine der großen Hoffnungen der Brandenburger Sozialdemokratie. Mit Ursula von der Leyen verglich man sie sogar: Nicht nur weil sie ebenfalls Ärztin ist und sieben Kinder hat – sondern weil sie auch für frischen Wind in ihrer Partei stand.

Nun also der Neuanfang im Wissenschaftsministerium. Dass sie mitten in der Legislatur quasi quereinsteigt, hält Münch nicht für nachteilig: „Ich übernehme ein wohlbestelltes Haus.“ Für Münch sind die Hochschulen und die Kulturstätten des Landes ja auch kein unbekanntes Terrain: Von 2009 bis 2011 war sie bereits Wissenschaftsministerin, bevor sie ins Bildungsressort wechselte – auf ausdrücklichen Wunsch des damaligen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD) übrigen.

Der hatte sie auch nach Potsdam geholt, nachdem sie in Cottbus als Fraktionsvorsitzende in der Stadtverordnetenversammlung auf sich aufmerksam gemacht hatte.

Münch sagt, sie habe in ihrer ersten Amtszeit bereits vieles angelegt, was ihre Nachfolgerin dann umsetzte. Tatsächlich setzte Münch zum Beispiel die Expertenkommission ein, die Reformvorschläge für die Hochschulen in der Lausitz machen sollte – was später in der lange umstrittenen Fusion der BTU Cottbus mit der Fachhochschule Lausitz mündete. Münch initiierte auch, dass die Filmhochschule in Babelsberg zur ersten Filmuniversität in Deutschland wurde. „Jetzt geht es darum, den fahrenden Zug gut weiter zu lenken und vielleicht den einen oder anderen neuen Akzent zu setzen.“ Als einen Schwerpunkt nennt sie den Technologietransfer: „Gerade in strukturschwächeren Regionen sind Hochschulen die wahren Innovationstreiber.“

Als Wissenschaftsministerin in Brandenburg ist Münch in einer ungewöhnlichen Lage. Denn für eine der größten Attraktionen ist sie gar nicht zuständig: Berlin als Magnet in der Mitte des Landes, der auch viele Studierende und Wissenschaftler anzieht, die an eine der Hochschulen Brandenburgs gehen. „Berlin ist attraktiv, das ist auch völlig normal, da brauchen wir uns nichts vorzumachen – aber davon profitieren beide Länder“, sagt Münch.

Die Landes-Hochschulen als bloßen Appendix der Hauptstadt-Wissenschaft zu sehen – da widerspricht sie erwartungsgemäß vehement: „Wir haben auch entscheidende Vorteile, gerade bei den berlinfernen Hochschulen.“ Und leben lasse es sich in Brandenburg natürlich sehr gut. Sie selber, eine gebürtige Heidelbergerin, ist Mitte der 1990er Jahre von Berlin-Charlottenburg nach Cottbus gezogen, weil ihr Mann dort am Klinikum eine attraktive Stelle annahm. Natürlich war das erstmal eine Umstellung, sagt Münch. Aber dann entdeckte sie die Schätze der Lausitz. Sie schwärmt vom Theater in Cottbus, von den Fürst-Pückler-Parks in der Lausitz, von der Nähe zu Polen.

Um Studierende bemühen muss sich Brandenburg gleichwohl. Sobald sich Berlin nicht mehr leicht mit dem Regionalexpress erreichen lässt, fällt es den Hoch-



Im Osten studiert man entspannter. Das hat sich in Westdeutschland herumgesprochen

schulen schwerer, die Studierendenzahlen zu halten. Demnächst will das Land eine neue Kampagne auflegen, um gezielt für den Standort zu werben. Brandenburg könne mit guten Betreuungsrelationen punkten, die Hochschulen seien besser ausgestattet, Studierende finden leichter eine Wohnung, sagt Münch: „Es hat sich bei den jungen Leuten in Westdeutschland herumgesprochen, dass man im Osten entspannter studiert.“



In strukturschwächeren Regionen sind Hochschulen die wahren Innovationstreiber

Sie ist auch beeindruckt, wie gut die Kinderbetreuung an den Hochschulen funktioniert. „Man sollte junge Familien unterstützen, wenn sie früh Kinder bekommen wollen.“ Sie selbst hat oft erlebt, wie wenig Verständnis es gesellschaftlich dafür gibt, mehr als ein Kind zu bekommen. Münch erzählt von Wildfremden, die sie fragten, ob ihre sieben Kinder wirklich alle von einem Mann sind - und von Kollegen, die auf eine erneute Schwangerschaft mit der Frage reagierten: „Weißt Du nicht, wie man verhütet?“

Nun machte das Land in den vergangenen Jahren vor allem mit dem Streit um die Fusion der Lausitzer Hochschulen wissenschaftspolitisch Schlagzeilen. Als Cottbuserin hat sie die Auseinandersetzung vor Ort miterlebt. „Die Diskussionen waren sehr kräftezehrend“. Sie wäre selber vielleicht etwas langsamer vorgegangen als ihre Vorgängerin; Sabine Kunst war mit der Fusion sogar weiter gegangen als das Votum der Expertenkommission. „Inhaltlich stehe ich aber voll dahinter. In einer Region wie der Lausitz können zwei Hochschulen mit ähnlichem Fächerspektrum innerhalb von 30 Kilometern nicht überleben.“ Sie will der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg jetzt Zeit geben, sich zu entwickeln, ihr Profil zu finden - und sie hofft darauf, dass diese Uni bundesweit zum Vorbild werden kann.

Vieles wird davon abhängen, wie sich die Finanzierung der Hochschulen entwickelt. Bei den Zuschüssen pro Student steht Brandenburg im bundesweiten Vergleich ziemlich weit hinten. Für die Zeit nach 2018 müssen bald die neuen Hochschulverträge verhandelt werden, die Hochschulen laufen sich schon einmal warm dafür. Jörg Steinbach, der Präsident der BTU Cottbus-Senftenberg, sieht eine Finanzierungslücke von 200 Millionen Euro pro Jahr: „Wir erwarten, dass diese Differenz zur eigentlich notwendigen Finanzierung in vernünftiger Art und Weise verkleinert wird“, fordert er. Münch verweist darauf, dass die Finanzierung in den vergangenen Jahren bereits gestiegen sei. Jetzt werde man versuchen, die Zuschüsse für die Hochschulen zu stabilisieren - was angesichts der Schuldenbremse und des Auslaufens des Solidarpakts schwierig genug werden könnte.

Als Bildungsministerin stand Münch in der Dauerkritik: Der Unterrichtsausfall war hoch wie nie, ihre Pläne zur Inklusion konnte sie nicht wie gewünscht umsetzen, es gab Hickhack um die Reform der Schulämter, im Ministerium wurden gar Unterschriften gesammelt, um gegen die Politik der Hausspitze zu protestieren. Detailliert äußern will sich Münch dazu nicht



mehr. „Wichtige und intensive Jahre“ seien es gewesen, und: „Als Bildungsminister steht man immer in der Kritik.“ Sie lerne daraus, dass man „bei manchen Themen - wie etwa der Inklusion - die Geschwindigkeit an das anpassen muss, was gesellschaftlich machbar ist“.

Und was ist mit dem Vergleich mit Ursula von der Leyen? Münch hat den nie gemocht, nicht zuletzt, weil sie, anders als von der Leyen, ihre Kinder nie zur politischen Inszenierung herangezogen hat. Auch jetzt wehrt sie - angesprochen auf die Bundesministerin - den Vergleich schnell ab: „Ich will ja auch nicht Verteidigungsministerin werden, das ist gar nicht mein Ding.“

Als Ärztin hat sie über Hirnveränderungen bei Schizophrenen promoviert. „300 Seiten hatte meine Doktorarbeit, ich habe viel Literatur verwendet“ - den kleinen Seitenhieb auf von der Leyen, deren schmales Doktorwerk mal gerade 60 Seiten umfasst, verknüpft sie sich dann doch nicht. Mit der Wissenschaft ist es bei Münch damals nichts geworden, auch weil sie beim Umzug nach Cottbus ihre damalige Stelle am Berliner Virchow-Klinikum aufgeben musste. Ihre forschende Neugier habe sie aber behalten, sagt sie. Dass sie jetzt als Ministerin wieder für die Wissenschaft zuständig ist - damit schließt sich für Münch ein Kreis. Nur, dass sie jetzt nicht mehr im Labor arbeitet, sondern dafür Sorge tragen muss, dass andere gut im Labor forschen können.

ZUR PERSON

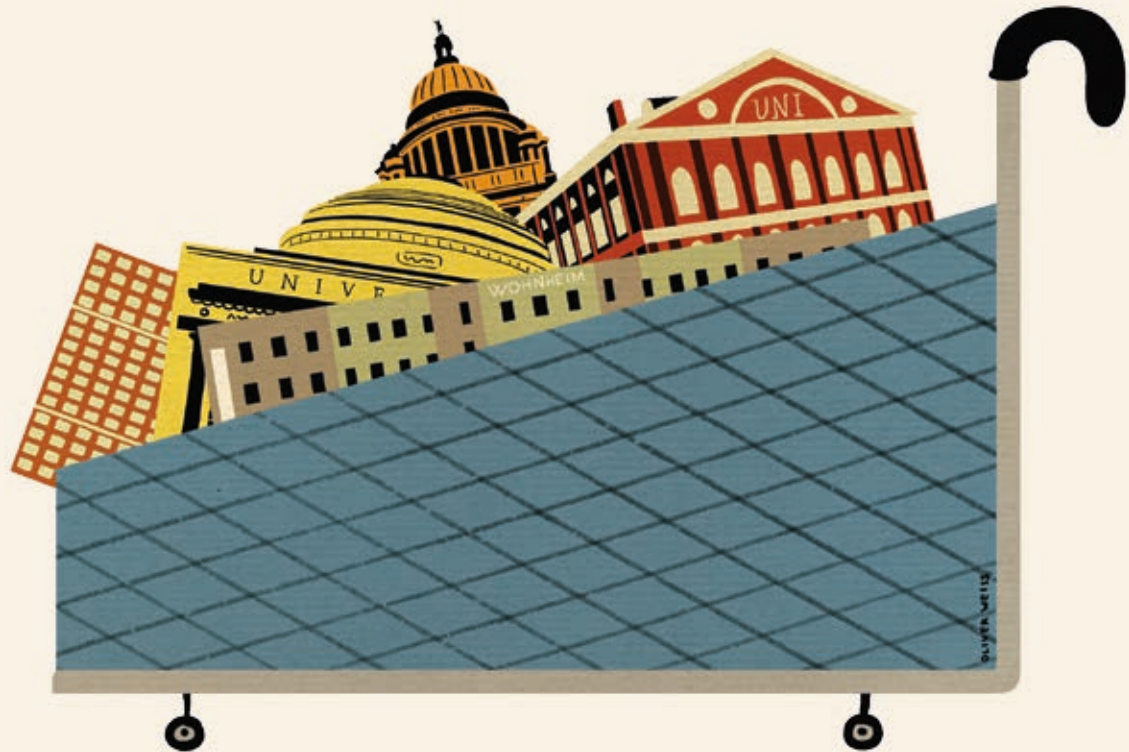
Martina Münch (SPD), 54 Jahre alt, ist seit März 2016 Wissenschaftsministerin in Brandenburg. Zuvor war sie von 2011 bis 2014 Bildungsministerin, von 2009 bis 2011 schon einmal Wissenschaftsministerin. Münch wuchs in Heidelberg auf und studierte Medizin in Heidelberg, Hamburg, London und in den USA. Über Berlin, wo sie als Ärztin am Virchow-Klinikum arbeitete, kam sie nach Cottbus, wo sie seit 1998 in der Stadtverordnetenversammlung saß und 2003 den Fraktionsvorsitz ihrer Partei übernahm. 2004 wurde sie erstmalig in den Landtag gewählt.

www.martina-muench.de/startseite-spd-martina-muench.html



DER AUTOR

Tilmann Warnecke arbeitet im Ressort „Wissen“ des Berliner „Tagesspiegels“ und schreibt über Bildungs- und Forschungspolitik



Markt vor Staat

CETA UND TTIP

Mit den Freihandelsabkommen soll auch die Bildung privatisiert werden. Hochschulen und Studentenwerke werden in der ökonomischen Logik der Abkommen wie Kühlschränke behandelt. Eine Warnung.

Bevor Sie diesen Beitrag weiterlesen, sollten Sie sich diese Frage beantworten: Sind Sie der Auffassung, dass der Staat gewisse Dienstleistungen, wie zum Beispiel Bildung, für seine Bürgerinnen und Bürger vorhalten soll, oder ist dafür jeder Einzelne selbst verantwortlich, insbesondere was die Finanzierung der Ausbildung angeht?

Falls Sie zu der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gehören, die sich weiterhin eine soziale Marktwirtschaft mit einer ausgeprägten Daseinsvorsorge wünscht, so sollten Sie die aktuelle Diskussion zu den geplanten Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada (CETA) und mit den USA (TTIP) intensiv verfolgen. Denn diese Abkommen werden den Grundsatz „Markt vor Staat“ für alle Dienstleistungsbereiche weiter vorantreiben. Mit Auswirkungen auf die Hochschullandschaft in Deutschland ist zu rechnen.

Dies ist keine böswillige Unterstellung, sondern nur die Weiterentwicklung eines Prozesses, der schon vor

Jahrzehnten begonnen hat - Stichwort Neoliberalismus -, und der seine völkerrechtliche Verankerung im „Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ gefunden hat, dem „General Agreement on Trade in Services (GATS)“ von 1995. Dort wird nämlich postuliert, dass der Prozess der schrittweisen Liberalisierung durch bilaterale oder multilaterale Verhandlungen immer weiter vorangetrieben werden soll. Schaut man sich dieses Abkommen näher an, sind davon nur die staatlichen Dienstleistungen ausgenommen, die in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbracht werden. Dies gilt jedoch nur für die Bereiche, in denen es keine privaten Anbieter gibt und somit trifft die Verpflichtung, den Markt immer weiter zu privatisieren, auch den Bildungsbereich.

Nun wäre es naiv zu glauben, in CETA oder TTIP stünde explizit drin, dass Deutschland zum Beispiel Studiengebühren einführen müsste oder seine Studierendenwohnheime nicht mehr bauen dürfte. Die Systematik der Freihandelsabkommen ist viel subtiler und

nicht immer gleich zu durchschauen. Sie folgt jedoch einer Maxime: Sie ist immer rein ökonomisch ausgerichtet; sie behandelt Hochschulen oder Studentenwerke wie Kühlschränke. Wer eine bessere Krankenversorgung will, der muss eben mehr zahlen, und für eine gute Bildung muss man eben mehr Geld aufbringen. Dabei wird aber der wichtigste Aspekt von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge unberücksichtigt gelassen: das Solidaritätsprinzip.

Bildung gilt bei uns (noch) als Menschenrecht, zu dem jeder, unabhängig seiner Herkunft und seines Vermögens, Zugang haben soll. Wie in der Ausgabe 4/2015 des DSW-Journals eindrucksvoll beschrieben wurde, ist Bildung in den USA einer der lukrativsten Geschäftsbereiche überhaupt. Nach einer Studie des „US College Board“ haben 40 Millionen Amerikaner/innen rund 1,3 Billionen Dollar an Studienkrediten aufgenommen. Dies bedeutet eine Verdoppelung der Darlehen innerhalb der vergangenen zwölf Jahre, und die Studiengebühren stiegen seit 1986 um fast 500 Prozent.

Kann dies auch in Deutschland drohen? Aber ja. Warum soll der Staat ein teures Bildungswesen aufrechterhalten, wenn es auch private Anbieter dafür gibt? Dies bedeutet doch Arbeitsplätze und Steuereinnahmen! Und Banken können Kredite vergeben, private Caterer die Studierenden versorgen. Dabei gewinnen doch (fast) alle!

Die Diskussion über Studiengebühren hat Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) im DSW Journal 1/2016 bereits aufgegriffen. Er begründet sein Eintreten für Studiengebühren unter anderem mit einer damit einhergehenden besseren Qualität des Studiums und der bestehenden Unterfinanzierung der deutschen Hochschulen. Es sei auch nicht einzusehen, so Kramer, dass drei Viertel der staatlichen Leistungen im Hochschulbereich Studierenden zugutekommen, unabhängig von ihrer sozialen Lage. Nun, diese Kramer'sche Zielrichtung deckt sich doch hervorragend mit den amerikanischen Forderungen bei TTIP.

Die EU-Kommission hat nämlich, wenn auch nur mündlich, bestätigt, dass die USA ein großes Interesse haben, Erwachsenenbildungsdienstleistungen über den Status quo von GATS hinaus zu liberalisieren. Dies würde zum Beispiel Manager-Fortbildungskurse, Sprachkurse, Testkurse für die Universitätszulassung betreffen. Aufgrund der Geheimverhandlungen sind weitergehende Forderungen durchaus möglich.

Pascal Kerneis, Geschäftsführer des „European Services Forum“, einem Lobbyverband europäischer Großunternehmen, bringt es auf den Punkt: „Unternehmen sollen befähigt werden, nach wirtschaftlichen Kriterien zu konkurrieren, die sich am Markt orientieren und nicht an Regierungen.“

Den Bildungsbereich weiter zu privatisieren, ist aber auch Ziel der Europäischen Kommission. Eindrucksvoll hat dies am 11. Juni 2015 ein Vertreter der Wirtschaftskanzlei Redeker Sellner Dahs bei seinem Referat zum Thema „Wissenschaftseinrichtungen und Europäisches Beihilferecht“ vorgetragen. Die Ausbildung von Humanressourcen innerhalb des öffentlichen Bildungswesens gelte demnach als nichtwirtschaftliche Tätigkeit. Die Fort-/Weiterbildung könne hingegen wirtschaftliche Tätigkeit sein, wenn die öffentlichen Einrichtungen in Konkurrenz zu privaten Anbietern treten – das entspricht dem Prinzip des GATS-Abkommens. Diese Unterscheidung habe im Hinblick auf den Bologna-Prozess Konsequenzen: Weil der Bachelor ein berufsqualifizierender Abschluss ist, werde man den Master wohl als Fort-/Weiterbildung werten müssen. Staatliche Ausgaben für Hochschulen unterlägen dann beihilferechtlichen Restriktionen, wenn auch ausländische, private Bildungseinrichtungen entsprechende Masterstudiengänge anbieten.

Mit anderen Worten: Im Falle ausländischer Konkurrenz müssen deutsche Hochschulen Masterstudiengänge zu den gleichen Konditionen anbieten wie ihre ausländischen Konkurrenten. Dies würde zwangsläufig auf eine Erhebung von Studiengebühren hinauslaufen, und CETA und TTIP bieten hierfür die rechtlichen Grundlagen, sogar für Klagen im Bereich des Investitionsschutzes.

Oder ziehen wir die Parallele zu den Studentenwerken: Aufgrund ihres breiten Leistungsspektrums, von der Verpflegung über das studentische Wohnen bis zur Kinderbetreuung, stehen die Studentenwerke, unabhängig von ihrem staatlichen sozialen Auftrag, in der Logik von CETA und TTIP sozusagen ständig und originär in Konkurrenz zu privaten Anbietern; man denke nur an Caterer.

Wir sollten daher nicht allzu überrascht sein, wenn amerikanische Unternehmen etwa gegen die Subventionierung des studentischen Wohnungsbaus klagen, denn bisher wurde das öffentliche Bildungswesen als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge weder bei CETA noch bei TTIP verbindlich festgeschrieben. Australien hat dies übrigens bei TPP, der Transpazifischen Part-nerschaft mit den USA, durchgesetzt.



Wir können nicht überrascht sein, wenn amerikanische Unternehmen gegen die staatliche Subventionierung des studentischen Wohnungsbaus in Deutschland klagen



DER AUTOR

Dr. Hans-Jürgen Blinn ist Ministerialrat im Ministerium für Bildung des Landes Rheinland-Pfalz und Beauftragter des Bundesrates im Handelspolitischen Ausschuss des Europäischen Rates (Dienstleistungen und Investitionen) in Brüssel



”

**WIR STARTEN
EINE AUFHOLJAGD**

13 Fragen an ...

BORIS RHEIN

Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst (CDU)

1 Herr Rhein, wird es nicht Zeit, dass auch Hessen endlich eine Elite-Universität bekommt?

Wir haben gute Chancen mit der neu gestalteten Exzellenzinitiative. Denn sie trifft die Stärke der deutschen und hessischen Hochschullandschaft – die Breite.

2 Die Ursprungsidee war aber ausdrücklich, Leuchttürme zu fördern und keinen Breitensport zu treiben.

Die Länder waren sich einig, dass im Zentrum der Förderung herausragende Forschungscluster stehen sollen – und deswegen haben wir auch die Zahl der Förderfälle erhöht.

3 Hamburg hat gegen die Verfestigung des Elitezuschusses Einspruch erhoben. Was haben Sie für Ihre Unis getan?

Das Land Hessen hat seine Universitäten in die Lage versetzt, sich bestmöglich für den Wettbewerb aufzustellen. Gießen und Marburg haben mit dem mittelhessischen Forschungscampus eine sehr gute Idee entwickelt. Auch die Kooperation der Universitäten Frankfurt, Darmstadt und Mainz ist innovativ – weil sie länderübergreifend ist.

4 Sie waren ein starker, zupackender Innenminister. Jetzt schlagen Sie sich in Schneckenrunden mit der KMK und komplizierten Hochschulen herum. Sehnsucht nach Durchgreifen?

Nein, ich würde sofort wieder das Wissenschaftsressort wählen, wenn ich vor der Wahl stünde. Manche Beratung, wie bei der Exzellenzinitiative, war etwas mühsam. Aber der Reiz der Wissenschaftspolitik ist, dass hier die Zukunft gestaltet wird.

5 Was ist ihr Lieblingsprojekt?

Da gibt es nicht eines – sondern viele. Gerade in diesem Moment vielleicht unsere Hochschule in Vietnam, ein

faszinierendes Land mit ehrgeizigen Studenten. Die Vietnamese-German University ist ein einzigartiges Projekt der Außenwissenschaftspolitik.

6 Studieren zu viele junge Leute?

Die Akademikerwahn-Debatte ist substanzlos. Sie wird ausgerechnet von jenen geführt, die von ihrer eigenen Akademisierung am meisten profitiert haben.

7 Sie meinen Professor Nida-Rümelin?

Unter anderem, ja. Da hatten die 68er ausnahmsweise mal Recht: Die größten Kritiker der Elche waren früher selber welche. Der Arbeitsmarkt verlangt heute maximale Qualifikation!

8 Und der Facharbeiter, ein deutsches Symbol, gerät ins Straucheln!

Keineswegs! Aber Absolventenlenkung wie in der DDR ist freien Systemen fremd.

9 Dort hat das prima geklappt: Gregor Gysi ist Anwalt – und gelernter Rinderbesamer.

Nein, die DDR ist damit grandios gescheitert – ihr sind die Akademiker in Scharen davongelaufen. Staatliche Lenkung darf nicht Träume und Berufe bestimmen. Wir wissen ja gar nicht, ob wir in die richtige Richtung lenken. Die Bürger machen das instinktiv richtig.

10 Die Eltern oft nicht. Sie drängen ihre Kinder zu Abitur und Studium.

Wichtig ist doch die Wahlfreiheit und die gesellschaftliche Wertschätzung aller Bildungsgänge. Wir in Hessen setzen auf die Durchlässigkeit der Systeme. Wer zuerst eine Ausbildung macht, darf nicht Sorge haben, in einer Sackgasse zu enden. Deswegen erleichtern wir beruflich Qualifizierten den Zugang zur Hochschule.

11 Es herrscht große Wohnungsnot – besonders unter hessischen Studenten. Wieso schlampt Hessen da?

Wir haben seit 2007 rund 4.000 Plätze geschaffen. Und weil das noch nicht die gewünschten 10 Prozent Zuwachs sind, wollen wir jetzt eine Aufholjagd starten. Wir investieren 90 Millionen Euro in neue Wohnheimplätze bis 2019. Aber: Nicht jeder Studierende bekommt eine Studentenbude vom Staat.

12 Was unterscheidet Ihre Wissenschaftspolitik von der der Grünen?

In den Grundsatzfragen sind wir uns sehr einig. Und wo es Differenzen gibt, wie bei Tierversuchen, finden wir einen klugen Kompromiss.

13 Welchen guten Kompromiss kann es bei Tierversuchen denn geben?

Wir haben zwei Professuren eingerichtet, die Reduzierung, Verfeinerung und Ersetzung von Tierversuchen erforschen. Das ist wegweisend.

Die 13 Fragen stellte **Christian Füller**, Journalist, Autor, Pisaversteher

ZUR PERSON

Boris Rhein, 44, CDU, ist seit 2014 hessischer Wissenschaftsminister im Kabinett von Volker Bouffier (ebenfalls CDU), der an der Spitze einer schwarz-grünen Koalition steht. Vorher war Rhein, seit dem Jahr 2010, Innenminister des Landes Hessen. Rhein studierte Jura an der Goethe-Universität Frankfurt am Main; nach dem ersten Staatsexamen leistete er Zivildienst als Betreuer in einem Wohnheim für Schwerbehinderte. Nach dem zweiten Staatsexamen im Jahr 2000 arbeitete er als Rechtsanwalt, von 1999 bis 2006 war er Mitglied im Hessischen Landtag. Als Innenminister galt Rhein als Hardliner. Er ist verheiratet und Vater zweier Söhne.

DER DSW-PRÄSIDENT HAT DAS LETZTE WORT

e-BAföG oder Digitalisierung 0.4

Ich will Ihnen eine kleine Geschichte erzählen. Sie passt gut in diese Zeit, da der Begriff Digitalisierung in aller Munde und Köpfe ist (auch in diesem DSW-Journal) und sich Wirtschaft und Politik ernsthaft bemühen, aus den Möglichkeiten des Internets etwas Sinnvolles zu machen.

Meine Geschichte geht so: Eine Bundesregierung, namentlich dessen Bildungs- und Forschungsministerium, will beim e-Government, bei der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, vorangehen und erweitert ein Gesetz, natürlich über den normalen parlamentarischen Prozess. Es kann also nie-mand sagen, etwas käme überraschend. In der 25. BAföG-Novelle werden also die Bundesländer verpflichtet, ab 1. August 2016 eine elektronische BA-föG-Antragstellung zu gewährleisten, einschließlich der elektronischen Identifikation. In der Gesetzesbegründung heißt es wörtlich: „Das Ziel sind medien-bruchfreie Prozesse,

»Ein medienbruchfreies e-BAföG ist doch kein visionäres oder Größenwahnsinniges Vorhaben in diesem Jahrzehnt«

die zu vollständig auf elektronischem Weg durchgeführten Verwaltungsverfahren führen.“ Im Klartext: Es geht um eine vollständige Digitalisierung, von BAföG-e-Antrag bis zur BAföG-e-Akte, die dann auch bei einem Hochschulwechsel elektronisch weitergeleitet werden kann. Digitalisierung eben, e-Government, vielleicht kein allzu visionäres oder Größenwahnsinniges Vorhaben in dieser Dekade. Müsste man meinen.

Nur kommt der Föderalismus ins Spiel. Zwar hat die Bundesregierung, weil sie es voll zahlt, seit 2015 beim BAföG das volle Sagen. Nur: Für die Durchführung sind allein die 16 Länder zuständig. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe, Mitte Juni 2016, hat nur ein einziges Land e-BAföG umgesetzt. Ein Hoch auf die Hessen!



Die allermeisten Bundesländer werden wahrscheinlich anbieten, dass man einen formlosen BAföG-Antrag an eine landesweite De-Mail-Adresse schicken kann, die dann wieder im Land verteilt werden muss. Schönes e-Government! Zur Erinnerung: Die Länder wussten von der Frist 1. August 2016 seit dem Jahr 2013.

Selbstkoordination der Länder, auf welches Prinzip die Kultusministerkonferenz doch sonst so großen Wert legt? Fehlzeige. Eine sanfte Intervention der Bundesregierung, um vielleicht nochmal an das Ziel der „medienbruch-freien Prozesse“ zu erinnern? Vielleicht, hinter den Kulissen?

Zuständig sind übrigens in den Bundesländern die Innenminister/innen. Haben Sie von einem Beschluss der Innenministerkonferenz gehört, die Chance e-Government beim BAföG beim Schopf zu packen? Ich nicht.

Fazit: Eine sehr gute Idee, die sehr gut zu einem Hochtechnologieland mit einer Wirtschaft passt, die sich Industrie 4.0 auf die Fahnen schreibt, wird in ein Gesetz gegossen, das dann aber diejenigen, die es umsetzen müssen, sehr weit und auch minimalistisch auslegen können. Es versickert im Föderalismus. Und die Leidtragenden sind Bürgerinnen und Bürger, die einfach nur die staatliche Studienförderung BAföG beantragen wollen. Gerade diese Gruppe, deren größter Teil sicher „Digital Natives“ sind, hätte man echtes e-Government zumuten dürfen.

Lehrstück e-BAföG: Der Digitalisierungs-Tiger des Bundes sprang - und endet in den Ländern als Bettvorleger. Digitalisierung 0.4

J. Timmermann

Prof. Dr. Dieter Timmermann
Präsident des Deutschen Studentenwerks
»dieter.timmermann@studentenwerke.de

60 Jahre

FLÜCHTEN wir vor Flüchtlingen?

Du bist gefragt auf:
du-bist-ein-gewinn.de

Sozialerhebung



Wir rechnen, damit du zählst.

Bis Ende Juli 2016 läuft die 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Sie erfasst die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland, wie sie wirklich ist. Sei dabei, wenn wir dich einladen, und hilf, die Studienbedingungen in Deutschland gezielt zu verbessern. Für dich und andere. Mehr unter: www.sozialerhebung.de



DURCHFÜHRUNG



GEFÖRDERT VOM

